

Erfahrungen, um aus diesen objektiven Erfordernissen die praktischen Schlußfolgerungen abzuleiten und diese als führende Kraft der Einheitsbewegung in die Tat umzusetzen. Die KPD war dazu befähigt, weil sie über große Kampftraditionen verfügte, weil sie seit ihrer Gründung die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse auf ihr Kampfbanner geschrieben hatte, weil sie sich den Leninismus gründlich angeeignet und die Erfahrungen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die Lehren der Geschichte der KPdSU, studiert hatte. Und sie verfügte auch über die organisatorische Kraft, um das einheitliche Auftreten aller Kommunisten für die Einheit der Arbeiterklasse zu gewährleisten.

Genossen beider Parteien Schulter an Schulter

Die Voraussetzungen für die Vereinigung von KPD und SPD wurden geschaffen durch die Aktionseinheit für antifaschistisch-demokratische Verhältnisse und durch die gemeinsame Klärung theoretischer und politisch-ideologischer Fragen. Beim Aufbau antifaschistisch-demokratischer Verwaltungen, in der demokratischen Bodenreform, im Kampf gegen das Monopolkapital, für die demokratische Erneuerung der Kultur kämpften Kommunisten und Sozialdemokraten Schulter an Schulter. Dabei erwies sich zugleich, daß allein der schöpferisch angewandte Marxismus-Leninismus Antwort auf alle Fragen des revolutionären Prozesses zu geben vermochte. Seinem ideologischen Wesen nach war das Ringen um die Einheitspartei der Arbeiterklasse ein Kampf gegen den Einfluß des Opportunismus, für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus. So wurden

Die Kämpfe der Vergangenheit wie die der Gegenwart unterstreichen jedoch auch, daß eine noch so reife Politik der kommunistischen Parteien die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht zu überwinden vermag, wenn nicht auch die sozialdemokratischen Partner die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns erkennen. Im Jahre 1945 war diese Einsicht auch bei der überwältigenden Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter vorhanden. Der Berliner Zentralausschuß der SPD trug dem Rechnung, als er am 19. Juni 1945 das Aktionsabkommen mit der KPD Unterzeichnete und auf der Dezemberkonferenz dem Vorschlag der KPD zur Vorbereitung der Vereinigung in einer sozialistischen Einheitspartei zustimmte.

für die Schaffung der SED wichtige gemeinsame Standpunkte erarbeitet, nicht unwesentliche Fragen bedurften aber auch eines längeren Klärungsprozesses, der deshalb im Rahmen der vereinigten Partei seine Fortsetzung finden mußte. Das Ringen um die einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse entwickelte sich vor allem in dem günstigen politischen Klima der sowjetischen Besatzungszone zu einer Massenbewegung großen Ausmaßes. Dennoch sind die Gegner der SED nie müde geworden, die Herausbildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu verfälschen und zu entstellen; denn der Sieg der Einheitsbewegung war ihre Niederlage, die sie bis heute nicht verwunden haben. Mit der Absicht, die Vereinigung von KPD und SPD zu verhindern, wurde im Februar 1946 das antikommunistische Schlagwort „Zwangsvereinigung“ ausgegeben. Und noch immer

ist diese Diffamierung der SED das A und O bürgerlicher und sozialdemokratischer Geschichtsschreibung, wenn sie auf die Jahre 1945/1946 zu sprechen kommt.

Die Kolporteurs dieses Schlagwortes wissen natürlich genau, daß eine Millionenpartei — und die SED vereinigte schon zu ihrem I. Parteitag rund 1,3 Millionen Mitglieder in ihren Reihen — nicht durch Zwang und Druck geschaffen werden und noch weniger jene enorme gesellschaftliche Wirksamkeit erreichen kann, die die SED auszeichnet. Aber es geht ihnen auch gar nicht um die Frage, wie die SED zustande gekommen ist. Die Antikommunisten lehnen die Vereinigung ab, weil sie dagegen sind, daß die Arbeiterklasse ihre historische Mission verwirklicht und sich die dazu notwendige revolutionäre Vorhut schafft.

Die Vereinigung von KPD und SPD war ein zutiefst demokratischer Prozeß. Zuerst und vor allem drückt er sich aus in dem prinzipiellen Zusammenhang zwischen dem Kampf um konsequente Demokratie und der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone einerseits und die restaurative Entwicklung in den Westzonen andererseits haben gezeigt, welchen revolutionären Fortschritt die Einheit der Arbeiterklasse ermöglicht und wie dagegen vorhandene demokratische Bestrebungen am Fehlen dieser Einheit scheitern. Aber nicht nur das. Die vom Vereinigungsparteitag verabschiedeten Grundsätze und Ziele und das Parteistatut standen vorher in der Mitgliedschaft zur Diskussion. Allerorts stimmten Kommunisten und Sozialdemokraten zunächst getrennt über die Vereinigung ab und fanden sich dann zu den Vereinigungsversammlungen, Delegiertenkon-